



Wehrpflicht-Debatte: „Bevölkerung kauft die Katze im Sack“

Katharina Mittelstaedt

Wien – Zwei Experten, drei Meinungen: Die Kontrahenten der Wehrpflichtdebatte werfen Studien in die Schlacht – und je nach Couleur des Verlesers zeigen diese entweder, dass eine Abschaffung des Präsenzdienstes teurer komme als das derzeitige System, oder eben, dass sie das nicht tue.

Die Pro-Wehrpflicht-Initiative „Einsatz für Österreich“ präsentierte am Mittwoch eine neue Expertise, die sie beim Linzer Volkswirtschaftler Friedrich Schneider in Auftrag gegeben hatte. Diese kommt zum Schluss, dass ein Berufsheer den Staat auch dann mehr koste, wenn man ein höheres Wirtschaftswachstum einkalkuliert. Genau auf diesen Effekt verweist eine zuletzt von Staatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) zitierte Studie: Die Wirtschaft profitiere deshalb, weil junge Männer nicht Ausbildung oder Berufstätigkeit unterbrechen müssen.

Trotz dieses Vorteils komme ein Berufsheeres um 219 Millionen Euro teurer, rechnet Schneider in der Gegenstudie nun vor. Außerdem bedrohe die die Schließung von Kasernen Zulieferbetriebe, argumentieren die Aktivisten von „Einsatz für Österreich“.

„Reine Vernebelungsrechnung“ kontert Hannes Androsch, Ex-SP-Finanzminister und Initiator des Pro-Berufsheer-Komitees „Unser Heer“: „Das ist sicherheitspolitisch absurd. Wir haben doch keinen Wehrdienst, um regionale Zulieferer zu fördern“. Darüber hinaus würden 21 europäische Vergleiche – etwa mit Deutschland, Schweden und Irland – zeigen, dass die Abschaffung der Wehrpflicht nicht teurer komme.

„Die Bevölkerung kennt nicht einmal den Ist-Zustand, also kann sie auch nicht über die Zukunft abstimmen“, sagt Androsch: „Das Problem der Befragung ist, dass die Österreicher die Katze im Sack kaufen sollen.“